

19./20. Juni 2014

Meine Rede auf der Kulturkonferenz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Apfelstädt (bei Erfurt)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen uns heute Nachmittag mit dem Thema Kulturförderung und kultureller Teilhabe beschäftigen. Ich möchte grundsätzlich anfangen: Kulturelle Bildung und kulturelle Teilhabe sind Grundrechte, die für alle Menschen gesichert werden müssen, unabhängig davon, aus welcher sozialen Gruppe oder welchem kulturellen Milieu sie stammen. Das ist eine Querschnittsaufgabe verschiedener Politikfelder. Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik, am Beispiel der kulturellen Teilhabe zeigt sich dies exemplarisch. Schon die Enquete Kultur des Deutschen Bundestages hielt in ihrem Abschlussbericht fest: „Mit kultureller Bildung werden Bewertungs- und Beurteilungskriterien für das eigene und das Leben anderer sowie für die Relevanz des erworbenen Wissens gewonnen. Kulturelle Bildung ist vor allem Selbstbildung in kulturellen Lernprozessen. Sie fördert die soziale Handlungskompetenz und Teilhabe und qualifiziert den Menschen für neue gesellschaftliche Herausforderungen.“ Kulturelle Bildung kann also die Chancen des Einzelnen zur Selbstfindung und gesellschaftlichen Teilhabe erhöhen. Was kulturelle Bildung aber nicht kann, ist die gesellschaftlichen Ungleichheiten aufzuheben.

Ein Zitat von Joachim Ringelnatz bringt es auf den Punkt: „Sie haben mich nicht nur nicht eingeladen, ich wäre auch nicht gekommen.“ Ähnlich wie Ringelnatz empfinden offensichtlich Viele, wenn es um kulturelle Angebote der klassischen Art geht. Eine Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich von den Angeboten der sogenannten „Hochkultur“ nicht angesprochen. Der bekannteste kulturpolitische Slogan der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts, nämlich „Kultur für alle“, scheint ausgedient zu haben. Statt „alle“ anzusprechen, wecken eine ganze Reihe öffentlich geförderter Kulturangebote nur wenig Interesse. Woran liegt das? Ein Grund ist das zugrunde legen eines eingeeengten Kulturbegriffs. Kein Kulturpolitiker würde heute noch von der einen und wahren Kultur sprechen, für die sich nun bitte schön alle begeistern sollen. Will man Teilhabe, dann ist die Voraussetzung Kultur im Plural, also kulturelle Vielfalt in ihren verschiedensten Ausdrucksformen.

Trotzdem ist es nach wie vor so, dass bei aller Vielfalt kultureller Äußerungen in der kulturpolitischen Förderung die traditionellen Künste – und nicht die Vielfalt der Kulturen – noch immer privilegiert behandelt werden. Und hier besonders der künstlerische Mainstream, d.h. das Arrivierte, das, was sich auf dem Markt bereits durchgesetzt hat und mit einem großen Anteil das kulturelle Erbe. Das neue, sperrige, ungewohnte, partikuläre, all die künstlerischen Ausdrucksformen, die nicht marktkompatibel sondern innovativ-subkulturell sind, die es schwer haben sich durchzusetzen, sie werden nach wie vor mit den kulturpolitischen Brosamen bedacht. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite bildet die Frage: wer nutzt die kulturellen Angebote, sind das wirklich alle oder doch nur die vielzitierten 10% der Bevölkerung, die sich einmal die Woche, im Monat, alle halbe Jahr auf den Weg ins Theater, die Oper oder zu einer

Ausstellung machen? Man braucht keine umfassenden empirischen Studien, um zu sehen, dass der Zugang zu kulturellen Angeboten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Es kommt darauf an, wo man wohnt und wie erreichbar kulturelle Angebote sind. Es kommt darauf an, wie viel Geld zur Verfügung steht. Es kommt darauf an, welche Bildungsvoraussetzungen in der Familie vorliegen. Es kommt darauf an, aus welchem sozialen Milieu man stammt.

Es wäre naiv anzunehmen, Künste, kulturelle Praxis und auch kulturelle Bildung hätten in unserer Gesellschaft keine Abgrenzungs- und Exklusionsfunktionen. Im Gegenteil, Kunst und Kultur werden immer auch dazu genutzt, gesellschaftliche Unterschiede zu markieren und zu verstärken. Es ist nach wie vor ein – auch sozial-hierarchischer -Unterschied, ob Ballett oder Fußball gelernt wird, ob beat boxen oder Maltechniken geübt werden. Bzw. ob überhaupt kulturelle Angebote wahrgenommen werden oder eben nicht.

Zweifellos ist in den letzten Jahren viel im Bereich der kulturellen Bildung geschehen – dennoch sind wir von Chancengleichheit in der Bildung wie auch bei der kulturellen Teilhabe noch meilenweit entfernt, was u.a. auch die PISA-Studien immer wieder belegen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Schichten sind alarmierend. Es ist eine neue Art von „Klassengesellschaft“ mit höchst ungleichen Bildungschancen entstanden, die wir nicht hinnehmen können. Gute Bedingungen für die kulturelle Teilhabe aller, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten zu schaffen, ist eine Herausforderung an die gesamte Gesellschaft. Eine Herausforderung auch deswegen, weil es eben nicht nur um kulturelle Bildung geht, sondern um die kulturelle und damit auch soziale Teilhabe aller, d.h. wir reden hier auch über Inklusion, wir reden über die Folgen des demografischen Wandels und die Notwendigkeit, vermehrt Angebote für ältere Menschen zu machen und wir reden auch über interkulturelle Bildung und Teilhabe. Wir brauchen ein Bündnis aller Verantwortlichen über Ressortgrenzen, Ebenen und Zuständigkeiten hinaus. Es muss uns gelingen, Modellprojekte wie z.B. „Jedem Kind ein Instrument“ oder „Kultur macht stark“ – bei aller berechtigter Kritik, die es an diesen Programmen gibt - auf möglichst alle Kinder auszudehnen. Das gebietet schon das Gleichheitsgebot. Wir müssen nicht nur Vorhandenes sichern, sondern auch neue Wege kultureller Bildung und Vermittlung gehen.

Und hier liegt eine nicht unerhebliche Schwierigkeit. Denn trotz eines hohen Bedeutungszuwachses des Themas kulturelle Bildung in den letzten zehn Jahren, existieren in der Praxis, der alltäglichen Umsetzung, erhebliche Probleme. Es fehlt an Reichweite, Angebotsvielfalt, Zukunftssicherheit und verlässlichen Infrastrukturen. Programme wie Kultur macht stark sind sogenannte top down Projekte und gehen auf diese Art oft an realen Bedürfnissen vorbei. Und es sind eben – wie eigentlich alles in diesem Bereich – temporäre Projekte. Mit den bekannten Folgen für die hier Beschäftigten – mangelnde Jobsicherheit und soziale Absicherung, von angemessener Vergütung ganz zu schweigen - und auch die Teilnehmer. Die einmalige Teilnahme an einem kulturellen Projekt kann sich zwar positiv auf den Einzelnen auswirken, insgesamt kann die Wirkung so aber nur gering sein. Zudem müssen wir uns die Frage stellen, ob viele Projekte kultureller Bildung nicht an der gegenwärtigen komplexen Ausdifferenzierung kultureller Gruppen, Szenen, Milieus

und ihrer Ausdrucksformen und Codes vorbeigeht. Konkret: was kommt denn nach „Jedem Kind ein Instrument“? Hat das Kind die Möglichkeit auch weiterhin Musikunterricht zu nehmen und will überhaupt jedes Kind ein Instrument spielen? Ist dies nicht vielleicht schon wieder Ausdruck eines spezifischen, bürgerlichen Kulturverständnisses? Warum eben nicht beat boxen, rappen oder – und kulturelle Medienbildung bleibt nach wie vor Entwicklungsland – sich der neu entstandenen medialen Ausdrucksformen des Internets bedienen?

Kulturelle Teilhabe wird für viele, Kinder, Migranten, Senioren, Menschen mit Behinderungen erprobt, dennoch gibt es nach wie vor Zugangsschranken und auch von einem flächendeckenden Angebot kann nicht die Rede sein. Der Armutsbericht der Bundesregierung und das Jugend-Kultur-Barometer machen deutlich, dass der Zugang zu kultureller Bildung nach wie vor stark vom Einkommen und dem allgemeinen Bildungsniveau abhängig sind.

Welche Aufgaben lassen sich aus dem bisher gesagten nun für die Politik – und ich spreche in meiner Funktion als Bundespolitikerin – ableiten. Was kann und muss Kulturpolitik und Kulturförderung aktuell hier leisten?

Wie Sie alle wissen befinden sich die Länder und Kommunen in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation. Viele Städte und Gemeinden sind kaum noch handlungsfähig. Kürzungen setzen insbesondere bei den freiwilligen Leistungen an. Fast täglich erreichen uns neue Nachrichten über Sparvorschläge, die an erster Stelle die sogenannten freiwilligen Aufgaben betreffen – Theater, Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkultureinrichtungen. Die Finanzkrise trifft vor allem Kinder und Jugendliche. Wir als Linke fordern deshalb ein prinzipielles Umsteuern in der Finanzpolitik des Bundes gegenüber den Ländern und Kommunen. Im Bereich der kulturellen Bildung ist der Bund schon mit Modellprojekten tätig geworden weil, es für die kulturelle Bildung auch eine nationale Verantwortung gibt. Unserer Auffassung nach geht diese nationale Verantwortung über den Bereich der kulturellen Bildung hinaus. Sie gilt auch für den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft, die international ihres Gleichen sucht.

Wenn uns die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen daran hindern, notwendige und sinnvolle Schritte zu gehen, dann müssen sie verändert werden. Deshalb fordern wir ein Staatsziel Kultur und eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz. Und wir fordern die Streichung des sogenannten Kooperationsverbots im Kultur- und Bildungsbereich. Damit würde das Zusammenwirken von Bund und Ländern endlich auf eine rechtlich sichere Grundlage gestellt.

Auf der Ebene der Länder brauchen wir verbindliche gesetzliche Regelungen, die Kultur und insbesondere kulturelle Bildung zu einer verpflichtenden Aufgabe machen – in Bibliotheksgesetzen, Musikschulgesetzen, Weiterbildungsgesetzen und Kulturfördergesetzen. Ohne solche verpflichtende Regelungen werden wir kulturelle Vielfalt sowie Teilhabe und Teilnahme aller nicht sichern können.

Teilhabe braucht das Individuum, braucht die Motivation, die Ideen und die Kreativität jedes Einzelnen. In jeder Kommune, jeder Stadt, jeder Institution müssen Ideen entwickelt werden, wie kulturelle Teilhabe umgesetzt und entwickelt werden kann. Überall hier können sich die Menschen zusammensetzen und sich fragen: was

haben wir hier noch, was bräuchten wir, was sind unsere Bedürfnisse und Wünsche und wie können wir sie mit begrenzten Mitteln und unbegrenztem Engagement und Phantasie umsetzen? Gibt es Möglichkeiten der Kooperation zwischen Öffentlichem Nahverkehr und Kulturinstitutionen, ist ein Tag mit freiem Eintritt realisierbar, können Kinder eventuell immer frei kulturelle Angebote nutzen, ist es machbar, dass in Ganztagschulen oder in den Hortangeboten der Schulen oder Kindergärten mit Künstlerinnen und Künstlern zusammen gearbeitet wird, könnten hier auch Senioren mit einbezogen werden, können Netzwerke zwischen Vereinen, Institutionen, Bildungseinrichtungen geschaffen werden?

Teilhabe braucht aber als Voraussetzung auch die entsprechenden Rahmenbedingungen und hier spreche ich jetzt von den Rahmenbedingungen der Bundeskulturförderung. Ohne funktionierende Kulturförderung müssen wir auch nicht über kulturelle Teilhabe sprechen. Die Bundeskulturförderung und die Kulturförderung insgesamt in Deutschland stehen aber gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Nicht, dass an der Notwendigkeit öffentlicher Förderung irgendwelche Zweifel bestünden, im Gegenteil. Aber in den letzten Jahren haben sich sowohl Rahmenbedingungen als auch Formen kulturellen Arbeitens entscheidend verändert. Meine Meinung ist, dass es ein einfaches „Weiter so“ in der Kulturpolitik und Förderung nicht geben kann. Wir brauchen alternative Konzepte und Entwürfe, die diesem gesellschaftlichen und kulturellen Wandel entsprechen. Das heißt auch neue Konzepte für eine öffentliche Förderung zu entwickeln, die sich über den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes hinaus auf die vielfältigen kulturellen Szenen richtet. Ich spreche hier nicht allein von den öffentlichen Kultureinrichtungen, sondern auch von den frei-gemeinnützigen Projekten und Initiativen und auch von den privatwirtschaftlichen Kulturanbietern. Länder und Kommunen haben hier in der letzten Zeit schon viel in Bewegung gebracht. Immer mehr rücken Strategien einer „konzeptbasierten Kulturpolitik“ mit der Entwicklung von Leitlinien, Plänen und Konzepten in den Mittelpunkt.

Kulturförderung ist aktuell also im Umbruch und es braucht unser Engagement hier die Weichen in eine Zukunft zu stellen, in der sowohl die kulturelle Teilhabe aller auf die unterschiedlichste Art und Weise möglich ist, als auch die Kreativen selber finanziell und sozial abgesichert sind.

Aktuell aber wird unser System der Kulturförderung von ganz anderer Seite in Frage gestellt. Nicht jeder hat sich bisher die Konsequenzen bewusst gemacht, aber das gegenwärtig verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, bedroht die Kulturförderung unseres Landes auf grundsätzliche Art. Filmförderung, Theatersubventionen, Buchpreisbindung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk: das geplante TTIP Abkommen stellt alles in Frage. Denn das europäische System der Kultursubventionierung wirkt marktverzerrend. Kommt das Abkommen, drohen Klagen von amerikanischer Seite. Die Linke fordert seit Monaten einen Stopp der Verhandlungen und eine kulturelle Ausnahme im Abkommen. Die Kultur und ihre Förderung darf nicht aufs rein ökonomische reduziert werden. Hiergegen müssen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen. Doch egal was in den nächsten Wochen bei den Verhandlungen passieren wird, ob es, wie Staatsministerin Grütters es sich wünscht, eine Generalklausel für die Kultur in die Präambel des Abkommens aufgenommen

wird oder doch noch eine kulturelle Ausnahme gemacht wird – das System der Kulturförderung stünde in jedem Fall vor großem Rechtfertigungsdruck. Wieder einmal müsste definiert werden, was als Kultur gilt und was aber nicht, warum Kultur nicht als reine Ware behandelt werden kann und Künstler eben nicht mit Rechtsanwälten oder Bäckern gleichzusetzen sind. In Zeiten knapper Kassen nie eine gute Idee.

Erst im Februar dieses Jahres hat der sächsische Landesverband seine kulturpolitischen Leitlinien verabschiedet und hier die kulturpolitische Position der Linken auf den Punkt gebracht: „Die Künste, Kulturarbeit, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Wir wollen Vielfalt des kulturellen Lebens und allen Menschen die Teilhabe an Kultur ermöglichen. ... Kultur ist Alltagskultur und hohe Kunst gleichermaßen, kulturelles Erbe und Subkultur. Kultur ist Normalität und Irritation, Fortschritt durch Kreativität und staunende Besinnung auf Geschaffenes. Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Identität und Integration, Bildung, Freiheit und Selbstvergewisserung. Auch wenn Kunst verstören darf, stiftet sie doch Anregung. Kultur und Kunst setzen Impulse und stärken die Phantasie. Kultur ist nicht zuletzt Genuss und Freude. All das ist kein Luxus, den sich die Gesellschaft leisten sollte, sondern Sinn des Lebens.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit!